TAGBLATT

Mobbing: Thurgauer Regierung will bei der Prävention ansetzen

Der Kanton sieht beim Mobbing keinen akuten Handlungsbedarf, will aber doch Massnahmen intensivieren.

Sebastian Keller

10.02.2020, 17.20 Uhr

Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones begünstigt das Cybermobbing. (Bild: Fotolia)

Die Regierung sieht kein gehäuftes Auftreten von Mobbing an Thurgauer Schulen. Das schreibt sie in einer Vorstossantwort. Mit einer Leistungsmotion forderten Kantonsräte um Karin Bétrisey (GP, Kesswil) eine Nulltoleranz bei Mobbing an Schulen. Massnahmen dagegen sollten intensiviert werden. Die Regierung lehnt den Vorstoss ab.

Ihre Argumentation stützt sich auf die Schulevaluation. Diese befrage systematisch und flächendeckend Schüler wie Lehrer, Eltern wie Behörden. Über 95 Prozent der Schüler in der Primar- und der Sekundarschule würden sich an ihrer Schule wohl fühlen. Mobbing werde zudem in Befragungen «sehr selten» angesprochen. Von 2016 bis 2019 erhielt die Schulberatung jährlich zwischen 9 und 16 Anfragen zu Mobbingsituationen mit involvierten Kindern oder Jugendlichen.

Verschiedene Akteure stehen bereit

Obwohl diese Befunde «nicht auf ein um sich greifendes Mobbingproblem» hinweisen, verhehlt die Regierung nicht, dass Mobbing auch an Thurgauer Schulen vorkomme. «Was für die Betroffenen zu einem starken Leidensdruck führen kann.» Die Regierung zählt Massnahmen auf, die zeigen, wie das System Volksschule gegen Mobbing gewappnet ist. So erfolge der Umgang mit Mobbingfällen in den Strukturen der Schulgemeinde – und zwar nach Eskalationsstufen differenziert.

Als lokalen Akteur zählt sie die Schulsozialarbeit auf: 2019 verfügten 38 der 87 Schulgemeinden über ein solches Angebot, damit haben drei Viertel aller Schüler im Kanton Zugang. Die Regierung hält weiter fest, dass sich im Lehrplan für alle Zyklen Kompetenzen mit Bezug zum Thema Mobbing finden. Will heissen: Mobbing kommt im Unterricht auf den Tisch.

«Es braucht griffige Instrumente und Handlungsanweisungen»

Karin Bétrisey verschickte eine Stellungnahme zur Antwort der Re
hatte mit Cornelia Zecchinel (FDP), Barbara Dätwyler (SP) und Rola
(BDP) den Vorstoss – mitunterzeichnet von 43 Kantonsräten – ein
Bétrisey schreibt, es sei bedenklich, dass die Regierung die Notwe
einsehe angesichts der neuen Pisa-Studie. Diese besage, dass nirg
so viele Schüler gemobbt würden wie hierzulande. Die vorgeschlag
Intensivierungen reichen ihr nicht. Vor allem, wenn die Priorität be
Evaluationen und Verwaltungsakten liege. «Es braucht griffige Inst
Handlungsanweisungen, wie Lehrpersonen in Mobbingfällen oder b
bei auftretenden Fällen von Auslachen und physischer Gewalt reag
hält am Vorstoss fest: Es müssten zwingend Anstrengungen unter
werden, um die Situation an den Schulen nachhaltig zu verbessern

Die Regierung erwähnt weiter die Schulaufsicht, die beraten und vermitteln könne. Auch die Schulberatung stehe bei Mobbing als Anlaufstelle zur Verfügung. Vor allem präventiv ist die Kantonspolizei tätig. Immer mehr Schulen machen davon Gebrauch: 2019 hielt sie 53 Vorträge zum Thema Onlinesicherheit/Cybermobbing.

Zudem wurde per Anfang Jahr die Jugendprävention neu konzipiert. An jedem Polizeiposten gebe es Mitarbeiter, die für die Präventionsarbeit mit Jugendlichen zuständig sind – Jupos genannt.

Bestehende Massnahmen werden überprüft

Obwohl die Regierung keinen Missstand ortet, nimmt sie de Vorstoss zum Anlass, eine Optimierung bestehender Massnahmen zu prüfen. So etwa die Aufarbeitung der Informationen zum Umgang mit Mobbing. Auch könnte die Schulaufsicht für eine bestimmte Zeit gezielter nach Mobbing und den Abläufen bei Mobbingsituationen in einer Schulgemeinde nachfragen.

Fördermittel stünden bereit, wenn sich Schulgemeinden in einem Entwicklungsprojekt mit Mobbing befassen wollen. Zudem verweist die Regierung auf die Polizei. Diese wäre – nach einer ersten Ressourceneinschätzung – in der Lage, ein flächendeckendes Angebot anzubieten. Denkbar sei eine Doppellektion pro Jahrgang.

Mehr zum Thema

INTERVIEW

«Mobbing kann jeden treffen»: Thurgauer Experte fordert eine Fachstelle für Gewaltprävention

Peter Welti Cavegn ortet beim Mobbing Aufholbedarf. Der Fachexperte der Perspektive Thurgau fordert die Einrichtung einer Fachstelle Gewaltprävention.

Interview: Sebastian Keller 14.12.2019

Kantonsräte fordern Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen

Der Kanton müsse Massnahmen gegen systematische Ausgrenzung an den Schulen im Thurgau intensiviert. Diese Forderung haben Kantonsräte in einen Vorstoss gegossen und diese Woche eingereicht.

Sebastian Keller 21.11.2019

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.